

Autor: /rm/DP/mis

Quellrubrik: /volkswirtschaft/wirtschaftspolitik/deutschland/

ROUNDUP: Steuerzahlerbund kritisiert Subventionen des Bundes

15:42 Uhr + 01 GMT

BERLIN (dpa-AFX) - Der Bund gibt nach Ansicht des Steuerzahlerbundes Unsummen für unnötige Subventionen aus. Zwar stehen die Haushaltsberatungen erst noch bevor, allerdings lasse sich jetzt schon ein Sparpotenzial für dieses Jahr von mehr als 20 Milliarden Euro vorhersagen, sagte der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holznapel, am Dienstag in Berlin bei der Vorstellung der "Aktion Frühjahrsputz 2018". Der Koalitionsvertrag von Union und SPD lasse vermuten, dass die Schwarze Null, also ein Haushalt ohne Neuverschuldung, "mehr als gefährdet" sei.

Der Steuerzahlerbund listet 30 Ausgaben und Subventionen auf und hinterfragt deren Sinnhaftigkeit - vom Verleih kostenloser Lastenräder über Urlaubsangebote für Mitarbeiter der Bundesverwaltung und Machbarkeitsstudien für die Deutsche Bahn in Indien bis zu überbeuerten Rüstungsausgaben. Die Organisation suggeriert dabei an der einen oder anderen Stelle, für die Steuerzahler insgesamt zu sprechen - 2016 gab es laut Bundesfinanzministerium mehr als 28 Millionen Einkommensteuerzahler.

Ob die kritisierten Ausgaben wirklich unsinnig sind, wird durchaus unterschiedlich bewertet.

- So moniert der Steuerzahlerbund, dass die Bundeswehr mit sogenannten Streuartikeln wie Kugelschreibern, Schlüsselbändern oder Baumwolltaschen in der Höhe von einer Million Euro im Jahr um Nachwuchs wirbt. Allerdings fehlt den Streitkräften tatsächlich Nach-

wuchs, Werbung um Rekruten tut also durchaus Not. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz werbe mit Mitbringseln wie Schraubendreher-Stiften mit Licht oder Pfefferminzdosen mit dem Aufdruck "Abgehört" um Nachwuchs. Und tatsächlich suchen auch die Geheimdienste Nachwuchs.

- Der Steuerzahlerbund prangert auch Großprojekte des

Verteidigungsministeriums an - etwa sechs Milliarden Euro für "überbeuerte Drohnen und Raketen". So miete die Bundeswehr die in Israel stationierte bewaffnungsfähige Drohne "Heron TP" für eine Milliarde Euro an, obwohl es mit den Modellen der amerikanischen Predator-Familie halb so teure Alternativen gebe. Diese seien ebenso leistungsfähig wie praxisbewährt und böten durch den Einsatz im Nato-Verbund deutliche Vorteile bei Betrieb, Ausbildung und Logistik. Das Verteidigungsministerium hält dem entgegen, die Betrachtungsweise des Steuerzahlerbundes gingen "an militärischen Realitäten vorbei".

- Kurios klingen in der heutigen Zeit jedoch "Sozialwerke auf Bundesebene", die dafür sorgen sollen, dass Mitarbeiter der Bundesverwaltung ihre Urlaube oder Kuren zu günstigen Konditionen buchen können. Für aktive wie ehemalige Mitarbeiter werden demnach Wanderwochen, Motorradfreizeiten, Sprachreisen, Yogakurse oder Singlereisen im In- und Ausland angeboten. Die Sozialwerke würden jährlich mit sechs Millionen Euro über den Bundeshaushalt subventioniert. Die in den 50er Jahren eingerichteten Sozialwerke waren den

Angaben zufolge anfänglich Selbsthilfeeinrichtungen der Bundesbediensteten.

- Und dann immer wieder das Bonn-Berlin-Gesetz und die damit verbundenen Pendeleien zwischen den Ministerien in der Bundesstadt und der Bundeshauptstadt - geschätzt 20 Millionen Euro Kosten im Jahr. Dabei seien bereits 67 Prozent der Ministeriellen in der Hauptstadt tätig. Die Aufsplittung des Dienstortes mache also keinen richtigen Sinn mehr.

- Die 8,2 Millionen Euro, die das Forschungsministerium den Autobauern und ihren Zulieferern für die Entwicklung des autonomen und vernetzten Fahrens zuweist, stellt der Steuerzahlerbund ebenso in Frage, wie die 378 000 Euro des Verkehrsministerium für den Kauf von Elektro-Lkw. Allerdings: Ohne staatliche Anreize hat es die Autoindustrie mit der Entwicklung der Elektromobilität bisher nicht weit gebracht.

- Mit 1,5 Millionen Euro finanziere das Verkehrsressort eine noch laufende Machbarkeitsstudie eines Konsortiums um die Deutsche Bahn, das eine rund 500 Kilometer lange Strecke in Indien auf Profitabilität untersuche, monierte der Steuerzahlerbund weiter. Es gehe um die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen bei Großprojekten in Zukunftsmärkten. Dagegen ließe sich sagen: Dies könnte mit der Absicht geschehen, Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern.

Wirtschaft/Haushalt/Steuern/Politik/Regierungen/Deutschland/

Urheberinformation: dpa-infocom GmbH



Steuerzahlerbund wirft Union und SPD mangelnden Sparwillen vor

Mangelnden Sparwillen und zu große Ausgabenfreundlichkeit hat der Bund der Steuerzahler der neuen Bundesregierung vorgeworfen. Die große Koalition nutze die derzeit hohen Steuereinnahmen, "um mittels Umverteilung neue Ausgabenprogramme auf den Weg zu bringen", kritisierte der Verband in seiner am Dienstag veröffentlichten Broschüre "Aktion Frühjahrsputz 2018". Kritisiert wird besonders ein Anstieg der Sozialausgaben.

Union und SPD folgten mit dem Koalitionsvertrag "ihrem alten Prinzip, Bürger und Betriebe finanziell zu belasten und das Geld mit vollen Händen auszugeben", hieß es in der BdSt-"Haushaltsanalyse". So werde trotz eines Anstiegs des Haushaltsvolumens in der neuen Legislaturperiode um 170 Milliarden

Euro den Steuerzahlern nur eine Entlastung um zehn Milliarden Euro beim Solidaritätszuschlag für das Jahr 2021 zugesichert. Eine "dringend nötige Reform des Einkommensteuertarifs" bleibe dagegen aus.

"Den Bundeshaushalt durchforsten, Ausgaben eindampfen, Subventionstöpfe streichen", forderte der Verband. Die Rentenpolitik der großen Koalition sei so angelegt, dass wahrscheinlich bereits im Jahr 2020 die Rentenkasse mit 100 Milliarden Euro Steuergeld aus dem Bundeshaushalt gestützt werden müsse, hieß es zur Ausgabenseite der Koalitionspläne. Auf Kritik stießen beim BdSt zudem die Förderung umweltpolitischer Maßnahmen, etwa um die Energiewende voranzutreiben, sowie im Kulturbereich.

Unter den Beispielen für nach Auffassung des BdSt unnötige oder fragwürdige Ausgaben finden sich auch kleinere Posten wie zwei Millionen Euro für ein Forschungsprogramm zum Klonen von Weihnachtsbäumen, eine Million Euro für Werbegeschenke der Bundeswehr im Rahmen ihrer Marketing-Arbeit, 50 Millionen Euro für die Subventionierung einbruchshemmender Maßnahmen an Wohngebäuden, drei Millionen Euro für die Digitalisierung von Musik-Clubs und zehn Millionen Euro Fördermittel für Film-Serien. Vom Bund mit 230.000 Euro gefördert werden soll demnach auch das 550-Jahr-Jubiläum des Kammergerichts Berlin. bk/jdö



Seite: online

„Frühjahrsputz“ im Bundeshaushalt

30 kritikwürdige Ausgaben und Subventionen der Bundesregierung hat der Bund der Steuerzahler (BdSt) aufgelistet

Rund 720.000 Euro für Kunststoffe aus Kaffeesatz, 2 Millionen Euro für geklonte Weihnachtsbäume oder jährlich 20 Millionen Euro für den geteilten Regierungssitz: Insgesamt 30 kritikwürdige Ausgaben und Subventionen der Bundesregierung hat der Bund der Steuerzahler (BdSt) für seine „Aktion Frühjahrsputz 2018“ exemplarisch recherchiert. In seiner Haushaltsanalyse kritisiert der Verband: Die Ausgaben wachsen stärker als die Einnahmen! Und der Koalitionsvertrag von Union und SPD setzt falsche Prioritäten zu Lasten der Steuer- und Beitragszahler.

In einem Punkt ist auf die große Koalition Verlass: Mit dem neuen Koalitionsvertrag folgt sie ihrem alten Prinzip, Bürger und Betriebe finanziell zu belasten und das Geld mit vollen Händen auszugeben. Dies macht die 177-seitige Vereinbarung zwischen CDU, CSU und SPD deutlich. Denn die neue Regierung wird in dieser Legislaturperiode über mindestens 1.420 Milliarden Euro verfügen – das sind 170 Milliarden Euro mehr als in der Wahlperiode zuvor. Das ist ein neuer Rekord! Dennoch

- versprechen die Regierungsparteien den Steuerzahlern lediglich eine Entlastung von 10 Milliarden Euro beim Solidaritätszuschlag für das Jahr 2021.
- wird eine dringend nötige Reform des

Einkommensteuertarifs erst gar nicht erwähnt.

•wird der Abbau von Altschulden nicht angepackt, obwohl schon allein der Bund für mehr als 1.200 Milliarden Euro Schulden haftet.

Damit bringt unsere Aktion „Frühjahrsputz 2018“ die bittere Kehrseite der aktuellen Milliarden-Überschüsse auf den Punkt: Die Belastung der Bürger durch Steuern und Abgaben ist definitiv zu hoch. Die Kassenlage für Entlastungen ist zwar hervorragend, doch wird das Geld mit vollen Händen für neue Ausgaben verteilt.

Bei der anhaltend expansiven Ausgabenpolitik gefährden bereits kleine Änderungen der derzeit guten Rahmenbedingungen die Schwarze Null. Tatsache ist, dass die Primär-Ausgaben des Bundes schon seit Jahren schneller wachsen als die Einnahmen. „Eine Konjunktur-Flaute oder steigende Schuldzinsen würden sofort Löcher in den Bundesetat reißen, die mit neuen Schulden gestopft werden müssten“, warnt Holznagel und appelliert an die große Koalition: „Den Bundeshaushalt durchforsten, Ausgaben eindampfen, Subventionstöpfe streichen! Auf diesem Weg kann die Politik nicht nur die Schwarze Null halten, sondern auch Altschulden abbauen sowie Bürger und Betriebe

spürbar entlasten.“

Um zu verdeutlichen, wie die große Koalition derzeit bestimmte Klientele begünstigt, haben wir die Einzeletats vom Auswärtigen Amt bis zum Wirtschaftsministerium unter die Lupe genommen und 30 Beispielfälle aufgearbeitet:

- 153.000 Euro für den „kostenlosen“ Verleih von Lastenrädern oder
- 378.000 Euro Kauf-Zuschuss für Elektro-LKW oder
- 3 Millionen Euro für die Digitalisierung von Clubs oder
- 6 Millionen Euro für staatliche Reisebüros oder
- 10 Millionen Euro für kommerzielle Serien

Unsere „Aktion Frühjahrsputz 2018“ macht den Anfang. „Wir geben der Politik praktikable Hinweise für eine ernsthafte Sparpolitik an die Hand, die in die ganze Gesellschaft hineinwirkt“, betont BdSt-Präsident Holznagel und verweist auf den Koalitionsvertrag, der im Titel einen neuen „Zusammenhalt für unser Land“ verspricht.

„Aktion Frühjahrsputz 2018“: Interessierte erhalten die neue Broschüre unter info@steuerzahler.de oder unter der Service-Hotline 0800/883 83 88 (kostenfrei).

Autor: HENDRIK GEISLER
Seite: 6
Quellrubrik: WIRTSCH
Seitentitel: V1#V2

Jahrgang: 2018
Nummer: 68
Auflage: 99.591 (verbreitet)

Zuviel für Waffen und Werbung

Bund der Steuerzahler kritisiert "expansive Ausgabenpolitik"

VON HENDRIK GEISLER

Den Haushalt für das Jahr 2018 hat der Bundestag noch gar nicht beschlossen - der Bund der Steuerzahler sieht trotzdem bereits ein Einsparpotenzial von 20 Milliarden Euro. Der Verein mit rund 250 000 Mitgliedern kritisierte am Dienstag in Berlin die Bundesregierung für ihre "expansive Ausgabenpolitik" und forderte sie auf, diese zu stoppen. "Wir müssen stärker hinterfragen, wie das Geld der Steuerzahler eingesetzt wird", sagte Präsident Reiner Holznagel. "Aktion Frühjahrsputz" heißt die jährlich vorgetragene Kritik, die exemplarisch 30 Ausgaben und Subventionsprogramme umfasst, die nach Meinung des Steuerzahlerbundes teilweise oder ganz überflüssig seien. Dazu gehörten 300 Millionen Euro "vermeidbare Mehrausgaben", die "für den größten und teuersten Bundestag aller Zeiten" ausgegeben würden, heißt es in der Aufstellung des Steuerzahlerbundes. 709 Abgeordnete sitzen im Bundestag - die gesetzlich festgelegte Soll-Größe beträgt 598. Der Bund der Steuerzahler habe bereits in der vorherigen Wahlperiode eine Reform des Wahlrechts mit Mandats-

Obergrenze angeregt, sagte Reiner Holznagel und erneuerte diesen Appell. Büro, Dienstwagen und Fahrer. Ebenso kritisierte Holznagel die Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre und Staatsminister: "Es reicht ein Parlamentarischer Staatssekretär pro Ministerium", sagte Holznagel. Tatsächlich wurden die 15 Ministerien mit 31 Parlamentarischen Staatssekretären ausgestattet, dazu kommen vier Staatsminister im Bundeskanzleramt. Jeder von ihnen erhalte für die Amtsausführung 144 000 Euro Gehalt jährlich, schreibt der Bund der Steuerzahler. "Hinzu kommen Kosten von jährlich rund 300 000 Euro für ein eingerichtetes Büro samt Sekretariatspersonal sowie ein Dienstwagen mit Fahrer."

Die Bundeswehr wird vom Steuerzahlerbund gleich mehrfach kritisiert. Die milliardenschweren Alleingänge beim Kauf von Waffensystemen seien völlig unverständlich, sagte Holznagel. So plane kein Bündnispartner Deutschlands, das Luftverteidigungssystem MEADS zu nutzen, das sich noch in der Entwicklung befindet. Auch zur Anmietung von in Israel stationierten Drohnen

gebe es günstigere Alternativen. Bei beiden Projekten rechnet der Steuerzahlerbund mit Mehrkosten von insgesamt sechs Milliarden Euro. Auch eine Million Euro für Bundeswehr-Werbung seien nicht sinnvoll angelegt: "So sehr es bei fundamental wichtigen Angelegenheiten hapert, so übertrieben setzt die Bundeswehr auf teure Werbe-Maßnahmen, deren Sinn obendrein hinterfragt werden muss."

Auch eine Reihe von Subventionsprogrammen kritisiert der Steuerzahlerbund, darunter das Baukindergeld, das jährlich mit 440 Millionen Euro zu Buche schlagen werde. Der Ansatz sei vielleicht gut gemeint, "doch das Baukindergeld wird die Immobilienpreise stark in die Höhe treiben, und die Prämie wird verpuffen", sagte Reiner Holznagel, der auch die Mütterrente in seine Kritik einbezog: Sie belaste nicht nur Rentenbeitragszahler mit 7,5 Milliarden Euro, sondern "auch die Steuerzahler, die wohl zusätzlich 3,2 Milliarden Euro zahlen müssen".

Abbildung: DPA/MICHAEL KAPPELER 709 Abgeordnete sitzen im Bundestag.
Urheberinformation: (c) M.DuMont Schauberg

Seite:	6	Ausgabe:	Frankfurter Rundschau Deutschlandausgabe, Hauptausgabe
Ressort:	Politik	Nummer:	68
Quellrubrik:	FR Deutschlandausgabe	Auflage:	18.813 (verbreitet)

Von Klontannen und Mütterrenten

Bund der Steuerzahler kritisiert Bundesregierung für ihre "expansive Ausgabenpolitik"

VON HENDRIK GEISLER

Den Haushalt für das Jahr 2018 hat der Bundestag noch gar nicht beschlossen - der Bund der Steuerzahler sieht trotzdem bereits ein Einsparpotenzial von 20 Milliarden Euro. Der Verein mit rund 250 000 Mitgliedern kritisierte am Dienstag in Berlin die Bundesregierung für ihre "expansive Ausgabenpolitik" und forderte sie auf, diese zu stoppen. "Wir müssen stärker hinterfragen, wie das Geld der Steuerzahler eingesetzt wird", sagte Präsident Reiner Holznapel. Der Verein hat 250 000 Mitglieder, das ist weniger als ein Prozent der Einkommenssteuerzahler. Die Arbeit des Vereins ist nicht unumstritten - sowohl was die Auswahl der kritisierten Ausgabenposten angeht als auch was die Grundidee von einem schlankeren Staat mit niedrigeren Steuersätzen betrifft.

"Aktion Frühjahrsputz" heißt die jährlich vorgetragene Kritik, die exemplarisch auf 30 Ausgabe-posten und Subventionsprogramme eingeht, welche nach Meinung des Steuerzahlerbundes teilweise oder ganz überflüssig sind. Dazu gehörten 300 Millionen Euro "vermeidbare Mehrausgaben", die "für den größten und teuersten Bundestag aller Zeiten" ausgegeben würden, heißt es in der Aufstellung. 709 Abgeordnete sitzen im Bundestag - die gesetzlich fest-

gelegte Sollgröße beträgt 598. Der Bund der Steuerzahler habe bereits in der vorherigen Wahlperiode eine Reform des Wahlrechts mit Mandatsobergrenze angeregt, sagte Holznapel und erneuerte diesen Appell.

Ebenso kritisierte er die Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre und Staatsminister: "Es reicht ein Parlamentarischer Staatssekretär pro Ministerium", sagte Holznapel. Tatsächlich wurden die 15 Ministerien mit 31 Parlamentarischen Staatssekretären ausgestattet, dazu kommen vier Staatsminister im Bundeskanzleramt. Jeder von ihnen erhalte 144 000 Euro Gehalt jährlich, schreibt der Bund der Steuerzahler. "Hinzu kommen Kosten von jährlich rund 300 000 Euro für ein eingerichtetes Büro samt Sekretariatspersonal sowie ein Dienstwagen mit Fahrer."

Die Bundeswehr wird gleich mehrfach kritisiert. Die milliardenschweren Alleingänge beim Kauf von Waffensystemen seien völlig unverständlich, sagte Holznapel. So plane kein Bündnispartner Deutschlands, das Luftverteidigungssystem Meads zu nutzen, das sich noch in der Entwicklung befindet. Auch zur Anmietung von in Israel stationierten Drohnen gebe es günstigere Alternativen. Bei beiden Projekten rechnet der Verein mit Mehrkosten von insgesamt

sechs Milliarden Euro. Auch eine Million Euro für Bundeswehrwerbung seien nicht sinnvoll angelegt.

Auch eine Reihe von Subventionsprogrammen kritisiert der Bund, darunter das Baukindergeld, das jährlich mit 440 Millionen Euro zu Buche schlagen werde. Der Ansatz sei vielleicht gut gemeint, "doch das Baukindergeld wird die Immobilienpreise stark in die Höhe treiben, und die Prämie wird verpuffen", sagte Holznapel, der auch die Mütterrente in seine Kritik einbezog: Sie belastete nicht nur Rentenbeitragszahler mit 7,5 Milliarden Euro, sondern "auch die Steuerzahler, die wohl zusätzlich 3,2 Milliarden Euro zahlen müssen".

In der Liste des Vereins finden sich darüber hinaus Bundesausgaben, die mitunter bizarr anmuten: Für die Züchtung geklonter Weihnachtsbäume investierte das Forschungsministerium 2,2 Millionen Euro, heißt es dort: Man halte es "nicht für eine staatliche Aufgabe des Forschungsministeriums, genetisch identische Einklontannen zu züchten zu lassen, die einen höheren Gewinn abwerfen als natürlich gezüchtete Weihnachtsbäume".

Die Bundeswehr wird gleich mehrfach attackiert

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt am Main

Autor:	Benjamin Moscovici	Ausgabe:	Hauptausgabe
Seite:	02 bis 02	Jahrgang:	73
Ressort:	Politik	Nummer:	68
Quellrubrik:	Passauer Neue Presse - Ausgabe A	Auflage:	25.638 (verbreitet)
Weblink:	http://www.pnp.de		

„Absurd“: Steuergeld für geklonte Christbäume

Bei der Aktion „Frühjahrsputz“ durchforstet der Steuerzahlerbund den Bundeshaushalt nach unnötigen Subventionen.

Berlin. Verschleudern statt sparen? Union und SPD planen für die nächste Legislaturperiode Subventionen in Milliardenhöhe: Steuergelder für geklonte Weihnachtsbäume, die Digitalisierung von Nachtclubs oder staatliche Reisebüros. Der Bund der Steuerzahler Deutschland kritisiert den Entwurf des Bundeshaushalts: Union und SPD würden Steuergeld nach dem „Gießkannenprinzip“ verteilen, sagte Reiner Holznagel, Präsident des Steuerzahlerbundes, gestern bei der Vorstellung der Analyse zum Bundeshaushalt in Berlin.

Jedes Jahr durchforstet der Steuerzahlerbund für seine Aktion „Frühjahrsputz“ den Bundeshaushalt auf der Suche nach „unnötigen“ Investitionen und Einsparmöglichkeiten. Insgesamt ließen sich rund 20 Milliarden Euro einsparen, so das Ergebnis der diesjährigen Untersuchung.

Als besonders absurde Ausgaben kritisiert der Steuerzahlerbund ein Programm des Bundesforschungsministeriums für die Züchtung von geklonten Weihnachtsbäumen. Seit 2012 seien 2,2 Millionen Euro in molekularbiologische Methoden investiert worden, um Möglichkeiten zu entwickeln, mit denen die heimische Tannenbaumproduktion beschleunigt werden soll. Ein anderes Projekt sind die „Sozialwerke auf Bundesebene“, die dafür sorgen sollen, dass Mitarbeiter der Bundesverwaltung ihre Urlaube oder Kuren zu günstigen Konditionen buchen können. Für aktive wie

ehemalige Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, des Bundesnachrichtendienstes und anderer Bundesbehörden werden demnach Wanderwochen, Motorradfreizeiten, Sprachreisen oder Singletrips im In- und Ausland angeboten. Jedes Jahr, so der Steuerzahlerbund, erhielten die Sozialwerke des Bundes dafür sechs Millionen Euro aus Steuermitteln.

„Bald für jede Schafweide ein Glasfaseranschluss“

Der „Frühjahrsputz“ widmet sich aber nicht nur den Absonderlichkeiten des Bundeshaushalts, sondern fragt nach der Effizienz konkreter Förderprogramme. So gebe es zahlreiche Projekte, die sich zwar gut anhören würden, die aber nicht die gewünschten Effekte hätten. Besonders kritisiert der Steuerzahlerbund den bundesweiten Breitbandausbau, auf den sich Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag geeinigt hatten. Grundsätzlich sei es zwar dringend notwendig, in die Digitalisierung zu investieren, bislang sei bei der Bundesregierung aber kein durchdachter Plan erkennbar, es fehle die Prioritätensetzung. Leider sei zu befürchten, dass „bald jede Schafweide einen Glasfaseranschluss“ hat, sagte Holznagel. Die letzte Große Koalition habe endlich differenzierte Kriterien für staatliche Subventionen verabschiedet, die neue Große Koalition werfe diese

„ aber mit ihrem Haushaltsentwurf über Bord. Der konkrete Nutzen der einzelnen Förderprogramme sei völlig aus dem Fokus geraten, kritisiert Holznagel.

Das gelte auch für die Mütterrente und das Baukindergeld, die Union und SPD jetzt einführen wollen. Es handle sich um „Strohfeuer“, sagte Holznagel. Das Geld, das Betroffene erhielten, würde ihnen an anderer Stelle direkt wieder aus den Taschen gezogen. Es handle sich demnach um einen Taschenspielertrick auf Kosten der Steuerzahler.

Die größten Einsparpotenziale sieht der Verband im Verteidigungsministerium. Bei der Bundeswehr seien Investitionen zwar dringend nötig, aber die Regierung bewiese immer wieder, dass sie kein „glückliches Händchen“ für Rüstungsgeschäfte habe. So wolle Deutschland künftig eine Milliarde Euro pro Jahr für die Anmietung einer in Israel stationierten Drohne ausgeben, obwohl es vergleichbare Angebote schon zum halben Preis gebe. Der Steuerzahlerbund kritisiert, dass sich die Bundeswehr regelmäßig für Insellösungen entscheide statt auf kostensparende Kooperationen zu setzen. Das gelte beispielsweise für die Entwicklung des Raketenabwehrsystems MEADS. Dieses Alternativ-Modell zum US-Patriot-System will Deutschland allein zu Ende entwickeln und dadurch auf Synergieeffekte innerhalb der Nato verzichten. Schon jetzt habe die Entwicklung des MEADS-Systems die Steuerzahler hierzulande mehr als eine Milliarde Euro gekostet, so Holznagel.

Urheberinformation: (c) 2018 Passauer Neue Presse GmbH

Autor: Albert Funk
Seite: 15
Ressort: Wirtschaft
Weblink: tagesspiegel.de

Quellrubrik: Wirtschaft
Auflage: 110.077 (verbreitet)

Unsinnige Subventionen

Der Bund der Steuerzahler warnt vor steigenden Ausgaben im Bundeshaushalt

Berlin - Reiner Holznapel, der Chef des Bundes der Steuerzahler, spürt im Bundeshaushalt eine Zeitbombe ticken. Abseits aller Überschüsse, die der Bund seit 2015 anhäuft, hat er eine Gefahr ausgemacht, die seiner Meinung nach von der neuen großen Koalition noch verschärft wird: „Schon seit 2015 wachsen die Ausgaben-Programme im Bundeshaushalt deutlich schneller als die Einnahmen“, sagte er am Dienstag in Berlin. Er rechnet vor, dass Union und SPD in der laufenden Wahlperiode wohl 170 Milliarden Euro mehr zur Verfügung stehen werden als dem vorigen schwarz-roten Bündnis seit 2013. Ein Grund: „Die Steuerzahlungen wachsen, die Steuerquote steigt.“

Zwei Ausgabenprojekte vor allem fallen Holznapel negativ auf. Da ist zum einen das Baukindergeld, das neu eingeführt wird, obwohl laut Steuerzahlerbund das Vorgängermodell namens Eigenheimzulage 2005 abgeschafft wurde, weil es zu teuer war und zu keinen Verbesserungen führte. 440 Millionen Euro planten Union und SPD jetzt dafür im ersten Jahr ein. „Vielleicht ist der Ansatz gut gemeint“, gesteht Holz-

napel zu. „Doch das Baukindergeld wird die Immobilienpreise stark in die Höhe treiben, die Prämie wird verpuffen.“ Er rechnet dennoch damit, dass am Ende eine Fördersumme von 3,6 Milliarden Euro bis 2021 auflaufen wird. Nach Berechnungen des Verbands bekommen auch Gutverdiener die Förderung: Ein Paar mit Kind und einem gemeinsamen Einkommen von 100 000 Euro hätte Anspruch auf die jährliche Fördersumme von 1200 Euro pro Kind (auf zehn Jahre). Damit hätten 90 Prozent aller Familien Anspruch auf Baukindergeld. Hier gelte das „Prinzip Gießkanne“ statt gezielter Förderung. Zum Zweiten missfällt Holznapel die erweiterte Mütterrente, das Spezialprojekt des künftigen Innenministers Horst Seehofer (CSU). Die Leistungen verhinderten, dass die Rentenbeiträge für alle sinken. Die Beitragszahler würden zusätzlich mit 7,5 Milliarden Euro belastet, aus der Steuerkasse müssten zudem 3,2 Milliarden Euro mehr entnommen werden.

Zu den unsinnigen Subventionsprogrammen zählt der Chef des Steuerzahlerbundes auch die Förderung des Aus-

tauschs von alten Heizungspumpen. 470 Millionen Euro sind dafür 2018 vorgesehen. Das Bundeswirtschaftsministerium will mit dem Geld zwei Millionen neue Heizungspumpen fördern und 200 000 Anlagen zusätzlich optimieren. Da die Investitionskosten gering sind - Kauf und Einbau der Pumpen kosten 400 Euro -, was sich bei einer Stromkostensparnis von 100 Euro im Jahr schon nach vier Jahren rentiert, ist der Zuschuss laut Steuerzahlerbund für den Austausch gar nicht so entscheidend - eine überflüssige Förderung für eine Maßnahme, die sich ohnehin rechnet. Zu den Kuriositäten zählt Holznapel auch eine Fördermaßnahme des ohnehin mit Geld überschwemmten Bundesforschungsministeriums: Es lässt seit 2012 mehr als zwei Millionen Euro in die Züchtung von geklonten Weihnachtsbäumen fließen. Damit soll eine Super-Nordmanntanne geschaffen werden, die Deutschland weniger abhängig macht von Weihnachtsbaumimporten. Albert Funk

Urheberinformation: Tagesspiegel